



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Seite 10 Pfennig. — Sämtliche Postanklagen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Tarfbewegung in Dresden. — Passiver Widerstand in Tarifgewerben. — Korrespondenzen (Berlin, Frankfurt a. M., Halle, München, Regensburg, Wiesbaden). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Anzeigen.

Allen Verbandsmitgliedern sowie den Lesern und Mitarbeitern der „Solidarität“ die **besten Glückwünsche zum Jahreswechsel!**
Berlin, den 1. Januar 1910.
Der Verbandsvorstand.
Die Redaktion.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

In Dresden befinden sich 80 Kolleginnen nach abgelaufener Kündigungsfrist für die Tarifseinführung im Streik.

Dresden ist für Anlegerinnen und Bogenfängerinnen gesperrt.

Am 1. Januar 1910 tritt die neue Gewerbeordnungsbestimmung über den früheren Arbeitsschutz um 5 Uhr an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen in Kraft.

Für unsere Tariffstädte ist die Frage durch unsern Tarif § 3 der Allgemeinen Bestimmungen geregelt und haben wir durch Abdruck der Bekanntmachung des Tarif-Amtes in Nr. 49 der „Soll“ dieser Regelung unsere Zustimmung gegeben.

In den Orten, wo wir keinen Tarif haben, auch in nicht tarifisierten Steindruckereien, ist die Regelung dieser Frage druckereitweise von Fall zu Fall zu erledigen; Voraussetzung aber ist, daß Bewegungen in dieser Frage nur gemeinsam mit den verwandten Berufen vorbereitet werden. Unsere Zahlstellenleiter werden hierbei auf die §§ 1 und 2 unseres Statuts Seite 20 aufmerksam gemacht.

Warnung! An unsere Mitglieder in den Stein-druckereien!

Der Schutzverband Deutscher Steindruckerei-Besitzer plant eine neue Arbeitsordnung herauszugeben, die auch unter andern Verschlechterungen der bisherigen Verhältnisse folgenden Absatz enthalten soll:

Sofortige Entlassung kann erfolgen (trotz vereinbarter Kündigung), wenn ein

Arbeiter ohne Erlaubnis oder genügende Entschuldigung einen halben Arbeitstag die Arbeit aussetzt; wenn er den Anordnungen des Arbeitgebers oder seiner Stellvertreter den Gehorsam verweigert oder Mitarbeiter dazu auffordert; wenn infolge Ausschlebens eines wesentlichen Teils des zur Bedienung der Maschinen oder zur Zusammenarbeit in einem Betriebsteil unbedingte erforderlichen Personals eine ordnungsgemäße Fortführung des betreffenden Teiles des Betriebs oder des ganzen Betriebs nicht möglich ist und durch anderes geeignetes Personal das Betriebses kein Ersatz geschaffen werden kann.

Diese empörende Zumutung kann von unseren Mitgliedern nicht anerkannt werden. Da der Fortschritt der Arbeitsordnung noch nicht bekannt ist, denn die Einführung soll nach neuester Mitteilung am 1. 1. 1910 noch nicht erfolgen, so warnen wir unsere Mitglieder davor, neue Arbeitsordnungen ungelesen zu unterschreiben.

Die neu ausgehängten Arbeitsordnungen sind ebenfalls genau zu beachten und schädigende Änderungen dem Vorstand am Ort zu melden.

Hier wird prinzipalseitig kein offener ehrlicher Kampf geführt, sondern hinterrücks soll auch das Hipfelschen Recht, das durch die Gewerbeordnung gegeben ist, vollständig genommen werden, darum wachet über eure Rechte.

Für die Woche vom 2. bis 8. Januar 1910 ist die Beitragssmarke in das 1. Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Um den Ortskassierern die pünktliche Abrechnung an die Hauptkasse zu ermöglichen, ersuchen wir etwaige mit Beiträgen im Rückstand befindlichen Mitglieder dringend, ihre Beitragsreste umgehend zu begleichen.

Mitglieder, die mehr als 4 Beitragsreste haben, verlieren ihre Ansprüche auf jede Unterstützung. Die Verwaltungen sind gehalten, solche Mitglieder, die über die zulässige Zeit hinaus restieren, aus der Mitgliederliste zu streichen.

Die statistischen Karten sind von den Ortsvorständen spätestens am 8. Januar einzusenden.

Der Verbandsvorstand.
F. A. Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Tarfbewegung in Dresden.

Unsere Dresdener Kollegen stehen nun die zweite Woche im Ausstand, ohne daß es gelungen wäre, den Widerstand der tarifseindlichen Druckereibesitzer zu brechen. Die durch die Feiertage hervorgerufene Geschäftslage kam ja den Herrschaften im Augenblick zu statten, wie lange sie aber nach Neujahr unter den gegebenen Umständen noch fortzuwurzeln im Stande sind, ist fraglich. Die Haltung der Ausständigen, deren Zahl sich auf 80 vermehrt hat, ist musterhaft und sie lassen sich selbst durch die Laifache nicht wankelmütig machen, daß in 3 oder 4 Druckereien sich einige zweifelshafte Elemente gefunden haben und

als Ausreißer den drängten Prinzipalen dienen. Sehr eigenartig muß es hierbei berühren, daß die organisierten und tarif-treuen Buchdruckerhilfen ruhig mit den Streikbrecherinnen zusammenarbeiten. Wir glauben, von den Mitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Verbandes verlangen zu können, daß die uns so oft versprochene Solidarität und Mithilfe bei der Einführung des Tarifses nunmehr auch betätigt wird. Wenn das Tarifverhältnis die Gehilfenschaft verpflichtet, das Anlernen von Anlegerinnen und die Leistung von Hilfsarbeiterarbeiten zu verweigern, dann muß aber in erster Linie auch das Zusammenarbeiten mit Streikbrechern verweigert werden.

Wir anerkennen die Bemühungen der Dresdener Leitung des Buchdrucker-Verbandes um die Herbeiführung von Verhandlungen. Wenn diese, obendrein gescheiterte Aktion aber die ganze versprochene Hilfe darstellt, dann möge man uns doch keine Versprechungen machen. Denn das feste Versprechen, uns dann unterstützen zu können, wenn wir den Grundfragen des Buchdrucker-Tarifses entsprechend vorgehen und für die Einführung unseres Tarifses kämpfen, wurde wiederholt gegeben. Damit kann doch aber nicht gesagt sein, daß nunmehr die Gehilfen mit Streikbrechern zu arbeiten verpflichtet sind. Solange derartige zu konstatieren ist, bleibt der Begriff Solidarität ein großes Fragezeichen.

Bei der von den Buchdruckern versuchten Vermittlung kam die Ansicht der Innungsprinzipale über die Tariffrage recht deutlich zum Vorschein. Der Vorsitzende Seifert in Fa. Teubner erklärte nämlich:

Die Lohnsprache spiele für die Prinzipale keine Rolle, nur einen Tarif wollen sie nicht und lassen sich von niemand Vorchriften machen, selbst nicht vom Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Leipzig, der jetzt auch einsehe, daß er einen Fehler gemacht habe, indem er mit den Hilfsarbeitern einen Tarif abgeschlossen hat!

Wir müssen erwarten, daß die Zentralleitung des D. B. V. zu dieser letzteren Äußerung Stellung nimmt. Denn, wenn die Behauptung des Herrn Seifert wahr ist, dann wäre doch unsere ganze Tarifarbeit ein pures Komödientenspiel, das die vielen Opfer, die es kostet, wahrlich nicht wert ist.

Der Kampf in Dresden ist für unsere spätere Tarifgemeinschaft von hoher Bedeutung, darum bilden wir mit Stolz auf die musterhafte Haltung unserer Kolleginnen, die jeden Beschluß in so vollendeter Form ausführten, daß sie noch oft als Vorbild gelten werden.

Wenn wir auch ohne wirkliche Unterstützung von anderer Seite den Kampf unter schwierigen Umständen zu führen haben, unsere Dresdener Kollegenschaft wird ihn siegreich zu Ende führen.

7 D 1706

Passiver Widerstand in Tarifgewerben.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in Nr. 52 zu dieser Sache folgende Erklärung unseres Verbands-Vorstandes:

In Nr. 10 der „Sozialen Praxis“ vom 9. Dezember 1909 hat Herr Dr. Georg Sydow über obiges Thema geschrieben und behauptet, daß der Organisationsvorstand des Verbandes der Buch- und Steinrudereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands bei passivem Widerstand, der von Seiten verschiedener Gruppen der Hilfsarbeiter versucht wurde, diesen nicht mit allen Mitteln unterdrückt habe, sondern ihn stillschweigend duldbete.

Diese Behauptung müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen, denn da Herr Dr. Sydow von einem Fall spricht (es ist ja auch der erste), so kann nur vom Fall Mosse die Rede sein, der aber nicht von verschiedenen Gruppen, sondern von einer Gruppe, und zwar der Falzerabteilung, versucht wurde. Der Tatbestand ist kurz folgender:

Während in allen Berliner Zeitungsbetrieben die Nachschichten eine achtfünfstündige Arbeitszeit haben, hat die Nachschicht der Falzer bei Mosse eine 9½stündige Arbeitszeit, die allerdings durch Sondervertrag für diese Abteilung im Einverständnis mit der Ortsverwaltung vereinbart ist. Diese längere Arbeitszeit war die Veranlassung, daß diese Abteilung einen Ausgleich anstrebte und versuchte, die rapide Verteuerung aller Gebrauchsgüter und Lebensmittel durch eine Teuerungszulage auszugleichen. Dieser Wunsch wurde nicht erfüllt, und als festgestellt wurde, daß daraufhin der passive Widerstand einsetzte und die Fertigung der Zeitung sich um zwei Stunden verzögerte, wurde am 2. November 1909 eine beschleunigte Schiedsgerichtssetzung einberufen, die einstimmig den festgestellten passiven Widerstand als Tarifbruch erklärte.

Die Vertrauensleute der Abteilung wurden vom Schiedsgericht aufgefordert, den Mitgliedern das Urteil zu unterbreiten und den passiven Widerstand einzustellen.

Diesem Beschluß wurde nicht voll Rechnung getragen, und am 3. November fand eine Konferenz statt, die nunmehr an die Organisationsleitung den Antrag stellte, für Einstellung des passiven Widerstandes zu sorgen, was auch zugesagt und erfüllt wurde. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen und unterzeichnet:

„Im Anschluß an die Entscheidung des Tarifschiedsgerichts der Hilfsarbeiter vom 2. November 1909 hat über die Angelegenheit und insbesondere darüber, daß die Falzer, trotz dieses Schiedspruches, den passiven Widerstand fortgesetzt haben, eine Aussprache stattgefunden, an welcher teilgenommen haben: Herr Dr. Breithaupt, Herr A. Moritz, Herr E. Bucher, Frau Paula Thiede, Herr Hartog, Herr Dr. Cohn, Herr Levin, Herr Haffe.

Die Vertreter der Firma Rudolf Mosse erklären schließlich, daß sie nur unter der Bedingung von der sofortigen Entlassung des gesamten in Frage kommenden Falzerpersonals absehen wollen, wenn ihnen seitens der Vertreter der Hilfsarbeiterorganisation bindend erklärt würde, daß, im Falle die Falzer nicht endgültig und dauernd von dem jetzt geübten passiven Widerstand Abstand nehmen würden und infolgedessen die Firma doch noch zu Entlassungen gezwungen sein würde, die Organisation der Hilfsarbeiter der Firma hinreichendes Personal zur Verfügung stellen würde.

Die anwesenden drei Vertreter der Organisation der Hilfsarbeiter sichern der Firma ausdrücklich die Beschaffung eines Ersatzpersonals für diesen Fall zu.“

Diese Erklärung wurde von den Organisationsvertretern unterzeichnet.

Der Gauvorsitzende A. Moritz hatte eine Zusammenkunft mit der Falzerabteilung und auf seine Einwirkung hin unterblieb der passive Widerstand.

Wie nach solchen Erklärungen noch von stillschweigender Duldung geredet werden kann, wird Herr Dr. Sydow ja nachweisen müssen, denn

früher als geschehen, konnte die Organisation nicht eingreifen, und als sie es tat, wurde den Anordnungen sofort Folge geleistet.

Wenn Herr Dr. Sydow sagt, daß die Hilfsarbeiterorganisation noch eine verhältnismäßig junge sei, die noch nicht über genügend Geschlossenheit und Disziplin verfügt, so hat die Ansicht des Herrn Dr. Sydow eine Wandlung durchgemacht; denn in Nr. 30 der „Sozialen Praxis“ vom 25. April schreibt Herr Dr. Sydow ebenfalls über den Hilfsarbeitertarif und sagt an einer Stelle wörtlich:

„Während durch den Buchdruckerarif für die gelerntten Arbeiter bestimmte Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen waren und hinsichtlich dieser mit bestimmten Produktionsfaktoren für festgesetzte Zeitdauer zu rechnen war, stellten die Hilfsarbeiter, die durch tarifliche Abmachungen nicht gebunden waren, immer steigende Lohnforderungen, die sie mit Drohung der Arbeitseinstellung meist durchsetzten, weil sie die Arbeitsvermittlung in der Hand hatten, und die zwar junge, aber straffe Organisation die strikte Durchführung des Beschlusses einer Arbeitsniederlegung gewährließ.“

Damals waren wir die junge, aber straffe Organisation, heute aber, wo wir zu wiederholten Malen bewiesen haben, daß wir mit aller Energie den auf Treu und Glauben abgeschlossenen Tarifvertrag hochhalten und unsere Erklärungen nicht nur schöne Worte waren, sondern durch energisches Handeln der Beweis erbracht wurde, — heute soll die junge Organisation über nicht genügend Geschlossenheit und Disziplin verfügen!

Wir wünschten nur, daß die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins (Prinzipalsorganisation) soviel Disziplin besitzen wie die Mitglieder des jungen Hilfsarbeiterverbandes, denn dann wäre es nicht nötig, über fortgesetzte Uebertretungen der Prinzipalsvereinbarungen vieler Orte gegen die „Allgemeinen Bestimmungen“, die unser Grundgesetz im Tarifleben bilden, Klage zu führen.

Unser halb erscheinender Bericht über die Sitzung der permanenten Kommission, die am 11. Dezember in Leipzig stattfand, wird das ja auch deutlich zeigen.

Herr Dr. Sydow war schon in der Lage, in Nr. 11 der „Sozialen Praxis“ vom 16. Dezember 1909 den Beschluß der permanenten Kommissionssetzung wörtlich zu bringen. Als Mitglied der permanenten Kommission hätte auch Herr Dr. Sydow unbedingt die Pflicht gehabt, die Geschäftsordnung dieser Kommission zu beachten, die da besagt, daß die gefaßten Beschlüsse innerhalb 14 Tagen in der „Zeitschrift“ und in der „Solidarität“ veröffentlicht werden.

Die „Soziale Praxis“ ist kein Organisationsblatt. Doch erwarten wir, wenn die gemeinsam gefaßten Beschlüsse in beiden Fachzeitschriften erschienen sind, auch die „Soziale Praxis“ davon Kenntnis erhält, und aus der zu erwartenden Begründung dieser Beschlüsse durch Herrn Dr. Sydow wird zweifellos der Beweis erbracht werden, daß viel öfter als wir, die in Tariffragen geschulten Prinzipale sich gröbliche Verletzungen des Tarifes und auch Tarifrücksicht zuschulden kommen lassen.

Wir haben den ehrlichen Willen, den geschlossenen Tarif auszubauen, vermiffen aber prinzipalseitig in diesen Fällen jedes Entgegenkommen, und überall da, wo wir den Tarif haben, konnten wir ihn mit wenig Ausnahmen nur durch energische Bewegungen, Kündigungen oder Arbeitsniederlegungen durchsetzen.

Durch diese kurze Darstellung unseres Verhaltens beim ersten erfolgten passiven Widerstand, der sofort eingestellt wurde, als die Organisation die Nichterfüllung des Schiedsgerichtsurteils erfuhr und die Einstellung des passiven Widerstandes forderte, ist wohl erwiesen, daß die 20 Jahre Organisationsarbeit, die in Berlin hinter uns liegen, nicht nur unseren Mitgliedern reiche Erfolge brachten, sondern auch eine Geschlossenheit, Opferwilligkeit und Disziplin zeigten, auf die wir stolz sein können.

Paula Thiede, Vorsitzende.

Korrespondenzen.

Berlin. Nach Eröffnung der Versammlung vom 28. November gibt der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt. Das Protokoll wird ohne Einspruch angenommen. Der Vorsitzende erklärt, daß wegen der notwendigen Statutenänderungen und der statutenmäßigen Neuwahlen die Versammlung statt in der Woche für diesmal am Sonntag abgehalten werde, damit auch den Nachtarbeitern Gelegenheit gegeben sei, sich an dieser wichtigen Versammlung zu beteiligen; leider sei aber nur ein ganz geringer Teil der Nachtarbeiter anwesend und wird für die Zukunft zu überlegen sein, ob die bisher geübte Rücksicht gegen diese bei der Festsetzung von Versammlungen noch am Platze sei. Die Versammlung beschließt dann auf Vorschlag des Vorstandes, die Dezember-Versammlung ausfallen zu lassen. Im Extraunterstützung haben sich zwei Kollegen an den Vorstand gewandt, diesen sind je 20 Mk. bewilligt worden. Da aber die Gesuche um Extraunterstützung jetzt überhand nehmen, hat der Vorstand beschlossen, daß Extraunterstützungen von der Ortsverwaltung nicht mehr geleistet werden, sondern sollen alle Gesuche an den Hauptvorstand überwiesen werden. Die Arbeitslosigkeit zur Weihnachtzeit wird auch in diesem Jahre eine ziemlich große werden. Der Vorsitzende schlägt deshalb vor, für die Arbeitslosen zu Weihnachten Sammellisten herauszugeben. Nach längerer Diskussion, an der sich die Kollegen Henkel, Scheel, sowie Kollege Baumgarten, Moritz und Weber beteiligen, wird dies von der Versammlung gegen eine Stimme genehmigt. Erwähnt wurde, daß am 11. Dezember die sogenannte permanente Kommission in Leipzig tagen wird. Zum Ausschluß empfiehlt der Vorsitzende den Kollegen Reichow. Hierüber entspannt sich eine längere Diskussion, an der sich die Kollegen Zahn, Häbde, Grohmann, War und König beteiligen. Die Abstimmung ergibt den Ausschluß. Des weiteren stand der Ausschluß des Kollegen Schudak zur Diskussion. Derselbe hat Veranlassung gegeben, einen anderen Kollegen, eines geringen Gegenstandes wegen, beim Staatsanwalt zu denunzieren. Auf Vorschlag bestätigt er, der Urheber der Denunziation zu sein. Aus der Mitte der Versammlung wurden ihm einige nicht gerade schmeichelhafte Worte zugerufen. Die Abstimmung ergab auch die Annahme des Antrages des Vorstandes. Am 28. Dezember 1908 wurde ein Gesetz betreffs Abänderung der Gewerbeordnung im Reichstag endgültig erledigt, welches besagt, daß Jugendliche und weibliche Arbeiterinnen an Sonnabenden sowie den Vorabenden von hohen Festtagen nur 8 Stunden arbeiten dürfen. Da diese neuen Bestimmungen auch für unseren Beruf in Betracht kommen, geht der Vorsitzende des näheren darauf ein. Bemerkenswert sei, daß sich das Tarifamt mit den Prinzipalen und den Buchdruckern schon über die Einführung, welche zum 1. Januar 1910 erfolgt, verständigt hat, ohne unsere Vertreter im Tarifamt an der Verhandlung teilnehmen zu lassen, und ist die Bekanntmachung im Korrespondenten vom 5. November bereits veröffentlicht. Um die Kollegenschaft über die neuen Bestimmungen zu informieren, wird in allernächster Zeit eine Vertrauenspersonensitzung stattfinden. An Stelle des Mastenballes wird im nächsten Jahre am 13. Februar ein Kieselgebietsfest (Kostümfest) im Kellers Festhale arrangiert. Die Firma Boll kann sich noch nicht daran gewöhnen, ihre vakanten Stellen durch unseren Nachweis zu besetzen und waren mehrmalige Verhandlungen deswegen notwendig. Nachdem noch Kollegin Teske einige Worte hierzur gesprochen, wurde zur Statutenänderung geschritten. Es entspann sich hierüber eine längere und lebhafteste Debatte, die damit endete, daß, nachdem Kollege König Schluß der Debatte beantragt, die Abänderungsanträge des Vorstandes zu den § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 3 gegen einige Stimmen angenommen werden. Der Vorsitzende weist auf die Notwendigkeit hin, die nicht angestellten Vorstandsmitglieder im alten Jahre zu wählen, diesem wird von der Versammlung zugestimmt. Von einigen Mitgliedern wird der Wunsch laut, den stellvertretenden Vorsitzenden wieder vom Steinbruckerpersonal zu besetzen; dazu wurden andererseits Bedenken geäußert. Kollege Reich weist in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit der Vertretung bei Verhandlungen sowie Druckerabteilungen hin. Gewählt als stellvertretender Vorsitzender wurde Kollege Lafusz vom Steinbruckerpersonal. Als stellvertretender Kassierer wurde Kollege Wendisch gewählt. Ferner wurde Kollege Reich und Kollegin Michaelis als erste Schriftführer gewählt. Aus der Wahl zum zweiten Schriftführer gingen Kollegin Kürbitz und Schütz sowie Kollege Klotz hervor. Einige

kleinere Angelegenheiten kamen noch zur Sprache und wurde der letzte Punkt der Tagesordnung der vorgeschriebenen Zeit halber vertagt. Mit einem dreimaligen kräftigen Hoch auf den Verband und die zahlstetellen Berlin und München wurde die Versammlung um 4 Uhr 50 Minuten geschlossen.

Frankfurt a. M. Generalversammlung am 12. Dezember. Der Vorsitzende Kollege Raab eröffnete die zahlreich besuchte Generalversammlung und gab folgenden Jahresbericht: Der diesjährige Bericht steht wiederum im Zeichen der wirtschaftlichen Krise. Im Steinrudgewerbe machte sich die Krise ganz besonders bemerkbar, haben doch zwei anscheinliche Betriebe wegen der unrentablen Zoltpolitik ihre Betriebe gänzlich einstellen müssen. In diesen zwei Steinrudereien wurde nur Exportware hergestellt, welche von dem Auslande seit Inkrafttreten des Zolltarifes zurückgewiesen wird. Auch in den Buchdrudereien war die Konjunktur im abgelaufenen Jahre eine schlechte, so daß viele Kollegen und Kolleginnen entlassen wurden, aber keine Neueinstellungen erfolgten. Ein weiterer Umstand, der sehr schädigend für unsere Kollegenschaft wirkt, ist, daß eine große Anzahl Kollegen als Halbmitglieder bei dem Steinrudverband organisiert und dadurch unserer Organisation schwer zugänglich sind. Auch könnten mehr Kollegen oder Kolleginnen in den Buchdrudereien beschäftigt werden, wenn nicht in über 50 Prozent der hiesigen Drudereien die Maschinenmeister selbst einlegen würden, was wohl selten in einer anderen Druckstadt zu verzeichnen ist. Aus diesem Grunde ist es auch ersichtlich, daß wir eine so hohe Summe an Arbeitslosenunterstützung in diesem Jahre ausbezahlen mußten. In der Mitgliederbewegung macht sich noch immer die Fluktuation in hohem Maße bemerkbar, besonders unter den Kolleginnen, demzufolge war der Ab- und Zugang stets ein hoher. Aufgenommen wurden in diesem Jahre 59 Kolleginnen und 41 Kollegen. Ausgetreten sind 46 Mitglieder. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 93 männliche und 51 weibliche Mitglieder sowie 5 Einzelmitglieder, zusammen 149 Mitglieder. Demnach eine Zunahme von 54 Mitgliedern im abgelaufenen Geschäftsjahr. Das Tarifschiedsgericht hatte sich mit 4 Streitfällen zu befassen, zwei Fälle wurden durch Vermittlung der Schiedsgerichtsvorsitzenden, einer durch Vergleich erledigt, während ein Fall zu unseren Ungunsten erledigt wurde. Trotzdem sind immer noch eine ganze Reihe Tarifwidrigkeiten durch Vorkelligwerden der Verwaltung beseitigt worden. Der Arbeitsnachweis, der seit zehn Jahren schon sehr gut funktioniert, hat durch Verlegung des Bureaus und Anschaffung eines Telefons weitere Fortschritte gemacht; wurden doch allein im letzten Vierteljahr allein 55 Stellen durch den Arbeitsnachweis besetzt. Es fanden statt eine General-, eine Protest- und 12 Mitgliederversammlungen sowie 12 Vorstandssitzungen. Der Besuch dieser Versammlungen ließ viel zu wünschen übrig, so daß mancher angelegte interessante Vortrag ausfallen mußte, hoffen wir, daß das Veräunte nachgeholt wird. Not tut es allen sehr. Zwecks Agitation wurden 78 Werksbesprechungen abgehalten, auch hier war der Besuch nicht immer wie wir es im Interesse der Agitation gewünscht hätten. Die Gauagitation hat ebenfalls gute Erfolge aufzuweisen, indem in Hanau, wo fast gar keine Mitglieder vorhanden waren, jetzt eine gut gefestigte Organisation besteht, die es verstanden hat, sich in sehr kurzer Zeit einen Tarif zu schaffen. Ebenfalls hat Mainz, Wiesbaden, Darmstadt und Mannheim sehr gute Fortschritte gemacht, besonders ist hier Mainz hervorzuheben. Um die Geselligkeit zu pflegen, wurden verschiedene Familienfeste arrangiert, aber der Besuch derselben war ein so minimaler, daß wir jedenfalls vorläufig Abstand nehmen müssen, weitere Feste abzuhalten. Der Vorsitzende schloß seinen Geschäftsbericht mit der Aufforderung an die Mitglieder, da wir sehr schweren Zeiten entgegen gehen, gemeinsam mit der Verwaltung die Agitation zu betreiben, damit auch der letzte Kollege und Kollegin unserer Zahlstelle als Mitglied zugeführt werde. Sodann erstattete Kollege Czempin den Massenbericht, da die Revisoren sich aber beide entschuldigt hatten, wurde die Dechargeerteilung zur nächsten Versammlung zurückgestellt. In der folgenden Diskussion bemerkte Kollege Maus, daß er zwar mit dem Geschäftsbericht einverstanden sei, nur wünsche er, daß für die Kolleginnen separate Vorträge gehalten werden sollten, um so die Kolleginnen mehr für die Gewerkschaftsbewegung zu interessieren und der Fluktuation zu steuern. Kollege Thomas hatte ebenfalls nichts zum Geschäftsbericht zu sagen, sondern meinte, wenn

man sich über das Selbsteinlegen der Maschinenmeister beklage, so sei das ja nicht verwunderlich, da ja selbst in der Parteipresse die Maschinenmeister einlegen. Dem Kassierer wurden seitens der Versammlung 75 Mk., dem Schriftführer 25 Mk. bewilligt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Anton Raab, 2. Vorsitzender Max Krohls, Kassierer Max Czempin, Beisitzer die Kollegen Maus, Hienz, Krämer und Kollegin Köffel. Aus den Beisitzern soll der Schriftführer gewählt werden. Nach der Vorstandswahl erfolgte eine sehr erregte Debatte, indem Kollege Seibel sich beschwerte, daß er bei der Wahl zum Vorstande sich zum Wort gemeldet, dieses aber seitens des Vorstandes nicht erhalten habe. Kollegen Maus und Thomas finden, daß der Vorsitzende hier nicht richtig gehandelt habe, während der Vorsitzende erklärte, als Kollege Seibel sich zum Wort gemeldet habe, sei man bereits in den Wahlakt eingetreten, sonst hätte er sicherlich das Wort erteilt. Als Revisoren wurden die Kollegen Seibel und Thomas gewählt. Ein Antrag des Kollegen Ritter, die Kontrollarten wieder abzuschaffen und den Mitgliedern die Mitgliedsbücher wieder einzuhändigen, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Der Antrag des Kollegen Maus, alle 4 Wochen eine Vertrauensmännerung abzuhalten, zu der jeder Vertrauensmann zu erscheinen oder einen Stellvertreter zu entsenden habe, fand einstimmige Annahme; eine Entschädigung soll nicht bezahlt werden. Hierauf erstattete der Vorsitzende als Kommissionsmitglied der permanenten Kommission von der Sitzung am 11. Dezember in Leipzig noch kurzen Bericht mit der Mitteilung, daß in der nächsten Mitgliederversammlung noch ausführlicher berichtet würde, für heute sei nur zu erwähnen, daß die Kommission beschlossen habe, daß eine einseitige Tarifaufhebung als unzulässig und unwirksam zu erklären sei und der Frankfurter Streikfall dem Frankfurter Schiedsgericht zur weiteren Erledigung zu überweisen sei. Ebenfalls habe die Kommission kommentiert insofern, daß auf alle Fälle eine 8- resp. 14tägige Kündigungszeit gemeint sei. Mit besonderem Dank und der Aufforderung, die nächsten Versammlungen ebenfalls so zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die vierstündige Versammlung.

Halle a. S. Mitgliederversammlung am 18. Dezember. Nach der Protokollverlesung teilte der Vorsitzende mit, daß die Firma Halle'sche Zeitung sowie Wald u. Co. den Tarif endlich anerkannt haben. Ein Mundschreiben des Gauleiters, die Abhaltung einer Konferenz betreffend, führte zu einer längeren Diskussion, nach welcher die Beschickung der Konferenz beschlossen wurde. Da zu wiederholten Malen einige Kolleginnen ohne Kündigung ihre Arbeit verlassen haben, nahm Kollege Schulze-Leipzig Gelegenheit, die Mitglieder auf die Konsequenzen solcher Handlungsweise aufmerksam zu machen, worauf der Vorstand beauftragt, daß in Zukunft gegen kontraktbrüchige Mitglieder mit aller Schärfe vorgegangen wird. Ferner beschloß die Versammlung den Anschluß an die Zentralbibliothek mit einem jährlichen Kostenaufwand von 20 Mk. Nachdem die Vorbereitungen zu dem am 22. Januar stattfindenden Winterbergnagen besprochen und beschlossen wurde, den Arbeitslosen ein Weihnachts-geschenk von 3 Mark pro Mann und für den Besuch jeder Versammlung 30 Pf. zu bewilligen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

München. Am 18. Dezember hatte unsere Monatsversammlung einen seit langem nicht mehr gesehenen zahlreichen Besuch unserer Mitglieder aufzuweisen. Nachdem das vom Kollegen Bergler verlesene Protokoll ohne Einwendung angenommen wurde, erstattete Kollege Schmid ein eingehendes Referat über die Wirkung der am 1. Januar 1910 in Kraft tretenden neuen Gewerbeordnungs-Novelle auf unsere Kollegenschaft. Er behauptete, daß der Tarifauschluß der deutschen Buchdrucker, unter Ignorierung unseres Zentralvorstandes, einfach dahingehend Beschluß fasste, daß die durch das Gesetz bedingte verkürzte Arbeitszeit an Samstagen und Tagen vor hohen Feiertagen für weibliche Arbeiter an den Wochentagen vorgearbeitet werden müsse und betonte, daß auch die Münchener Buchdrucker in ihrer letzten Versammlung dem Entschluß des Tarifauschusses ablehnend gegenüberstanden. Nachdem nun erst noch Verhandlungen in dieser Frage mit den Münchener Buchdruckerbesitzern stattfinden sollen, wünscht Redner, daß das Buchdruckerhelferpersonal eine abwartende Stellung einnimmt, ebenso unsere Mitglieder in den tariflosen Steinrudereien. Anders sei es hingegen mit den

Schutzverbandsfirmen, hier wird unter keinen Umständen die halbe Stunde vorgearbeitet und ist dieses auch der Vorhandenschaft der hiesigen Schutzverbänder in einer Sitzung am 15. Dezember von unseren wie von den Organisationsvertretern der Steinruderei und Buchdrucker Münchens rückhaltlos erklärt worden. Alle geplanten Vorstöße in dieser Frage seitens der Schutzverbandsfirmen sind auf das allerentschiedenste zurückzuweisen und ist die Verwaltung sofort davon in Kenntnis zu setzen. Weiter ging Vorsitzender Schmid dann auf die Kündigung des Frankfurter Tarifes und seine Ursache ein und zeigte, wie die bei uns immer bezweifelte Vertragssicherheit im Rechte der Unternehmer aussieht. Er meinte, daß es nicht richtig sei, wenn bei kleinen Verstößen der Hilfsarbeiter immer ein großes Lamento angeschlagen wird, daß das Tarifwesen dem Hilfspersonal nicht in Fleisch und Blut übergehen wolle, sondern daß wie Figura zeigt, auch den verschiedenen Prinzipalinen eine Aufklärung über den Tarif und sein Wesen nicht schaden könnte. Redner streift dann kurz die Tagung der permanenten Kommission in Leipzig am 11. Dezember und wünscht nur, da noch kein weiterer Bericht vorliegt, daß die Verhandlungen dazu beigetragen haben möchten, verschiedene Unzutraglichkeiten, die sich im Laufe unserer Tarifperiode zeigten, zu beseitigen. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte unsere Kollegenschaft dann die Ausführungen über die Dresdener Bewegung, den Kampf unserer Mitglieder dort mit dem erzkonservativen, brutalen und doch dummdreiehn Unternehmertum und förmlichen Beifall löste es aus, als Schmid erklärte, daß wohl die gesamten Münchener Hilfsarbeiter den Dresdener Kollegen und Kolleginnen in ihrem Kampfe vollste Sympathie entgegen bringen und wenn notwendig sie moralisch und finanziell unterstützen werden. Es sei Ehrenpflicht der Münchener wie der gesamten organisierten Arbeiter im graphischen Gewerbe, den Herrenstandpunkt der Dresdener Zunftmeister und ihre vorurteilvollen Ansichten über den Hausen zu werfen. Die Notwendigkeit der Festsetzung unseres Verbandstages auf das Jahr 1910 begründete der Vorsitzende ebenfalls eingehend, die Mitglieder ersuchend, sich jetzt schon mit dem Gedanken einer Vertragserhöhung vertraut zu machen, aber nicht wieder in egoistischer Weise dabei an eine Erweiterung unserer ohnehin schon gut ausgebauten Unterstützungs-einrichtungen zu denken, sondern sich vor Augen zu führen, wie sehr es in anbedrängt der immer enger werdenden Zeiten notwendig ist, unsern Kriegsfond besser zu finanzieren. Der nächste Verbandstag muß zeigen, inwieweit auch der ideale Gedanke unter unsern Mitgliedern noch vertreten ist. Mit diesen Worten schloß der Vorsitzende seine einstußigen, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die Kollegen Bergler und Reumeier schlossen sich den Ausführungen an. Kollegin Frasch kritisierte unter lebhafter Zustimmung der anwesenden Kolleginnen scharf den sogenannten Arbeiterimmunität, der für die Arbeiterinnen im Buchdrucker-gewerbe alles andere, nur keine Verbesserung bedeute; die Einlegerinnen verzichteten darauf, am Samstag eine halbe Stunde früher die Arbeit zu verlassen, wenn sie dafür an einem andern Tage wieder eine halbe Stunde länger im Betrieb bleiben sollen. Auch ein weiterer Teil der Diskussionerredner erblickt in dem Beschluß des Tarifauschusses eine Verschlechterung. Von einer definitiven Beschlußfassung in dieser Angelegenheit wurde jedoch auf Anraten des Vorsitzenden abgesehen. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende das Ableben unseres Gründungsmitgliedes Babette Bullinger bekannt, widmete ihr einen ehrenden Nachruf und die Versammlung ehrte die Verstorbene in üblicher Form. Weiter wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Nachtarbeiter am Sonntag, den 23. Januar 1910, im Restaurant „Peter-Seller“ eine Faschingsunterhaltung mit Konzert und Tanz veranstalten. Der Verbandsschach findet am Samstag, den 29. Januar 1910 in sämtlichen Räumen des Salvatorellers statt und wird wie in früheren Jahren großartig arrangiert. Mit einem Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihren Abschluß. Sonntag, den 19. Dezember, hatten sich auch die Nachtarbeiter vormittags 1/11 Uhr fast vollständig eingefunden, um in einer Versammlung über die am vorhergehenden Tage bereits verhandelten Tagesordnungspunkte orientiert zu werden. Das Referat hatte Kollege Reumeier übernommen und erklärte sich die Mitglieder mit den Ausführungen einverstanden. Unter Verschiedenem entspann sich eine größere Debatte über eine in der Münchener N. N. vorgenommene Sammlung in der Rotationsabteilung, die für einen indiffe-

renten Hilfsarbeiter anlässlich seines 25jährigen Geschäftsjubiläums von einem Teil der organisierten Arbeiter veranstaltet wurde. Die Verwaltung machte aus ihrer Ansicht der Prämierung des Indifferenzismus kein Geht. Am 1/2 1 Uhr Mittags war Schluß der Versammlung.

Regensburg. Am 23. Dezember reichte der Saudorfindende namens unserer Kollegen und Kolleginnen an die hiesigen Buchdruckerbestände die mit dem deutschen Buchdrucker-Verein vereinbarten Allgemeinen Bestimmungen unseres Tarifes sowie einen Entwurf der in Zukunft an das Hilfspersonal zu zahlenden Mindestlöhne ein, mit dem Ersuchen um Rückäußerung bis 4. Januar 1910. Am 6. Januar wird das Hilfspersonal zu den Antworten Stellung nehmen und es wird sich dann zeigen, ob die Herren Buchdruckerbestände den Frieden hier an Orte zu erhalten gedenken. Daß hier am Orte dringend eine Remedur der Lohnverhältnisse Platz greifen muß, wird man begreiflich finden, wenn man die Lohnstatistik betrachtet und nur die Löhne der Einlegerinnen etwas näher ansieht. Da findet man bezeichnet eine Arbeiterin (es handelt sich im nachfolgenden nur um Einlegerinnen) die 22 Jahre im Geschäft mit einem Lohn von wöchentlich 9,50 Mark, drei Arbeiterinnen mit 15jähriger Tätigkeit und einem Lohn von 10 Mk. und 10,50 Mk., sechs mit 11 bis 13jähriger Tätigkeit und 9,50 Mk. Lohn, fünf mit 9 und 10 Jahre Dienstzeit und 9 bis 10 Mk. Lohn usw. herunter bis zum Lohn von 6 Mk. Wieviel klingendes Gold mögen wohl diese Herren Prinzipale aus dem Schweiß ihrer Arbeiterinnen kräftigst haben? Lange genug hat es gedauert, bis die Kolleginnen hier erwacht sind. Nun aber fordern sie, daß sie nicht mehr hinter den übrigen Arbeiterinnen der Buchdrucker- und anderer Druckstädte zurückstehen und hoffentlich gelingt es, die Herren Unternehmer im Guten davon zu überzeugen, daß der schrankenlosen Ausbeutung ein Ziel gesetzt werden muß. Möge das Hilfspersonal hier standhaft bleiben, sich nicht in Einzelverhandlungen einlassen, dann wird durch Abschluß eines Tarifes eine Regelung der tieftraurigen Zustände möglich sein. Wir haben den Herren Prinzipalen zu versprechen gegeben, daß wir jederzeit zu Unterhandlungen bereit sind; wollen sie den Frieden, dann ist es bei einigem guten Willen leicht möglich, denselben zu erhalten, wenn nicht, dann wird die Hilfsarbeiterschaft auf anderem Wege ihr Recht suchen und finden. Für Euch Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen darf es aber am 6. Januar keine andere Parole geben als: Auf zur Versammlung in den Thomaskeller! Samstag 3 Uhr.

Wiesbaden. Die Monatsversammlung am 14. Dezember hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein können. Kollege Zimmermann machte unter Mitteilungen auf das Gutenberg-Quartier aufmerksam, welches seine Mitwirkung bei allen Gelegenheiten zugesagt hat und bittet die sangeskundigen Kollegen, daselbe durch ihren Beitritt zu unterstützen. Da die Einkassierung der Beiträge in den Druckereien verschiedentlich auf Schwierigkeiten gestoßen ist, macht Koll. Görz bekannt, daß er gezwungen ist, die Hauskassierung wieder einzuführen. Auf Vorschlag des Koll. Zimmermann wurde beschlossen, im neuen Jahre an den Abschluß von Geschäftstaxen zu gehen, da in einzelnen Druckereien fast sämtliche Kollegen und Kolleginnen organisiert sind. Durch fortgesetzte Agitationsarbeit muß es uns später gelingen, den Abschluß eines Lokaltarifes durchzuführen. Der Vorsitzende sprach sodann dem bisherigen Schriftführer, der sein Amt niederlegte, den Dank für dessen unegennützigste Arbeit aus, wonach Koll. Füllbach zum Schriftführer gewählt wurde. Zum Schluß wurden die Mitglieder und deren Angehörigen zu dem am Silvesterabend um 8 1/2 Uhr im Speisesaal des Gewerkschaftshauses, Beltrichstr. 41, stattfindenden Familienabend zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Rundschau.

Zwei Ehrenmänner, die Buchdruckerhilfen Max Henkel und Hermann Röpkle, die sich bei dem Streik des Hilfspersonals der Firma Graßmann in Stettin derartig benommen haben, daß ihr Verhalten der weitesten Öffentlichkeit bekanntgegeben werden mußte, fühlen das Bedürfnis in sich, ihre damaligen Heldentaten der Vergessenheit zu entreißen und sich bei uns in freundliche Erinnerung zu bringen. In unserer Nr. 39 vom 25. September 1909 besprachen wir in Leitartikel die Stettiner Lohnbewegung und charakter-

tierten u. a. die skandalösen Helfersdienste, die von den beiden Genannten der Firma Graßmann gegen die Streikenden geleistet wurde. Wir teilten mit, daß die beiden schon von 6 Uhr morgens an die Streikposten beobachteten und sich sofort einmischten, wenn diese sich mit einer Arbeitswilligen in ein Gespräch einließen. Dadurch erreichten sie, daß die Mädchen sich an der Bewegung nicht beteiligten, sondern weiterarbeiteten. Ferner haben sie einen Mann, der von der Polizei vergeblich verfolgt wurde, derselben ausgeliefert, als er sich in ein Lokal flüchtete. Wir knüpften daran die Frage, was wohl die Gehilfenorganisation zu dieser erbärmlichen Viefseitigkeit zweier ihrer Mitglieder sagen wird.

Auf diese Frage erhielten wir allerdings keine Antwort — aber nachdem 3 Monate verlossen waren, schickte das eble Duett uns folgenden eingeschriebenen Brief:

Stettin, den 23. 12. 09.
Herrn C. Bucher, Berlin.

„In der Nr. 39 der „Solidarität“ vom 25. 9. 09 brachten Sie einen uns beleidigenden Artikel. Derselbe Artikel stand auch hier im „Volksboten“ und ist der Redakteur d. Bl. wegen Beleidigung und Behauptung unwahrer Tatsachen zu 30 Mk. Strafe, Kosten und Publikation des Urteils verurteilt.“

Nach § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir Sie, die von Ihnen verantwortl. gezeichneten Artikel zu widerrufen und zwar in der nächsten Nummer der Solidarität, oder wir sehen uns genötigt, gegen Sie ebenfalls klagbar zu werden. Max Henkel. Herrn Röpkle.

Sofort angeforderte Erklärungen ergaben, daß die Mitteilung, der Redakteur des „Volksboten“ ist wegen „Behauptung unwahrer Tatsachen“ verurteilt worden, purer Schwindel ist. Wahr ist, daß der belagte Redakteur Genosse Sommer den Wahrheitsbeweis für die obigen Angaben vor Gericht erbringen wollte, der diesbezügliche Antrag aber abgelehnt wurde. Die Verurteilung erfolgte lediglich wegen formaler Beleidigung, die das Gericht in den Worten erblickte: „nicht sehr saubere Handlung“ und „Aber wie heißt das Sprichwort vom Denunzianten?“

Der Gerichts-Vorsitzende führte aus, diese Sätze und besonders der letzte, der auf das Wort „der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“ anspiele, seien ohne weiteres beleidigend und deswegen eine Beweiserhebung nicht nötig.

Damit sind die beiden in ihrer Ausreißer-„Ehre“ Getrübten der Gefahr entronnen, ihre damalige Handlungsweise vor Gericht bewiesen zu sehen. Wie ihre Heldentaten von jedem anständigen Menschen eingeschätzt werden, dessen scheinen sie sich wohl bewußt zu sein, denn sie sagten in ihrer Klageschrift gegen den „Volksbote“:

„Wir sind gewerkschaftlich organisiert. Die Einstellung der Arbeiten erfolgte zur Regulierung der Lohnfragen. Wenn wir in dieser Weise, wie der Artikel es angibt, versucht hätten, der Bewegung in den Rücken zu fallen, würden wir uns in den Augen unserer Arbeitsgenossen einer unehrenhaften und verwerflichen Handlungsweise schuldig gemacht haben. Die Behauptung des Volksboten ist völlig unzutreffend und daher für uns beleidigend. Sie ist im höchsten Grade geeignet, uns in unseren Kreisen verächtlich zu machen und herabzuwürdigen. (Diese) Unsere Behauptung wird bewiesen durch den Umstand, daß wir bereits von dem Vorstand der Gewerkschaft geladen worden sind, um uns wegen dieser Handlungen zu verantworten. Hätte sich diese Behauptung des Volksboten als wahr erwiesen, so würden wir schimpflichen Ausstoß aus der Gewerkschaft und Verlust aller unserer Ansprüche auf die Wohlfahrts-Einrichtungen der Gewerkschaft zu gewärtigen haben.“

Die Mohrenwäsche, deren sich das eble Paar hätte auf diesen Erguß hin unterziehen müssen, wurde noch nicht vorgenommen. Aber, was nicht ist, kann noch werden.

Lächerlich mutet es noch an, wenn die Herren uns mit dem Hinweis auf das Urteil so einzuschüchtern gedächten, daß wir unsere Darstellung ihres Verhaltens ohne weiteres widerrufen.

Wenn auch die beiden Schlangköpfe dadurch einer moralischen Stäupung in einem Gerichtsverfahren gegen uns auszuweichen gedächten, indem sie genau die Verjährungsfrist von 3 Monaten abwarteten, um dann sagen zu können, wir wären deshalb nicht zu fassen, so können wir ihnen auf diesem Wege nicht folgen.

Um den beiden Herren die Klagemöglichkeit offen zu halten, haben wir unsere damaligen Behauptungen hier wiederholt und erläutern, davon nicht eine Silbe zu widerrufen.

Und nun Gott befohlen! Ihr edle Seelen. Da das Verfahren in der Verhandlung gegen Gen. Sommer dem § 257 Abs. 1 widerspricht, ist Berufung gegen das Urteil eingelegt, über deren Ausgang wir berichten werden.

Die Gelben gegen die Arbeitslosenversicherung. Wie bei den anderen Korporationen so hatte der Magistrat der Stadt Augsburg auch bei den Gelben ein Gutachten zur Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung eingeholt. In einer nun stattgefundenen Sitzung der Vorstandschaft wurde beschlossen, sich gegen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde auszusprechen, da die Gemeinde in keiner Weise berechtigt sei, Zuschüsse an einen Teil der Gemeindeangehörigen aus Mitteln der Allgemeinheit zu gewähren. Unter keinen Umständen könne dem Gen. Sommer Zustimmung werden, da dadurch die sozialdemokratischen Organisationen gestärkt würden. Uebrigens sei die Einführung einer Arbeitslosenversicherung überflüssig, da insbesondere für gelehrte Arbeiter eine Arbeitslosigkeit nicht vorhanden sei, eher sei ein Mangel an Arbeitern zu verzeichnen. Auch würden die Augsburger Industriellen ihren arbeitslos werdenden Arbeitern in reichlichem Maße Unterstützungen zuwenden.

Dieser Beschluß der gelben Vorstandschaft deckt sich fast wörtlich mit den Gründen, die von den Augsburger Industriellen gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung angeführt worden sind. Die Gelben zeigen sich auch hier wieder als Schutztruppe der Unternehmer und leisten als solche den scharfmacherischen Industriellen Beihilfe.

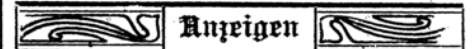
Etwas anderes war ja wohl von den Führern der Gelben faures zu erwarten, fraglich muß es nur erscheinen, ob den Mitgliedern nicht bald der Geduldsfaden reißt ob solchen arbeiterfeindlichen Verhaltens ihrer Leitung. Vielfache Anzeichen deuten schon darauf hin, daß die Langmut selbst der bedürfnislosesten, patriotischen und unternehmer-treuen Arbeiter zu Ende geht.

Versammlungskalender.

Dortmund. Jeden ersten Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung um 8 Uhr abends im Lokale des Herrn Ditzes, Brüderweg.

Adressenveränderungen.

Stettin.
Vorsitzender: Franz Eichert, Saunierstraße 19 S. I.



Achtung! Hannover. Achtung!

Die Verwaltung der Zahlstelle Hannover sowie der Arbeitsnachweis befinden sich ab 1. Januar 1910 im eigenen Bureau, Hannover, Osterstraße 75 II. Telefon Nr. 6876. Die Geschäftsstunden sind wochentäglich vormittags von 9—2 Uhr, nachmittags von 5—8 Uhr. Sonnabend vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 4—7 Uhr. Meldezeit der Arbeitslosen vormittags von 10—11 Uhr.

Die Auszahlung von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung geschieht nur Sonnabends in den oben angegebenen Stunden.

Sämtliche die Zahlstelle Hannover betreffenden Korrespondenzen sind vom 1. Januar 1910 ab an den Vorsitzenden Kollegen W. Sparfuß, für die Kassenverwaltung an den Kassierer Franz Kracht, beide Osterstraße 75 II zu richten.

Der Vorstand.

Am Sonntag, den 12. Dezember, verstarb nach schwerem Leiden unsere treue Kollegin
Maria Weller
(aus der Firma Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) im Alter von 61 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
die Zahlstelle Stuttgart.